

Hartz IV für jeden elften

Peter Wolter

Von »Entspannung am Arbeitsmarkt« ist die Rede, von »Wirtschaftsaufschwung« oder »guter Konjunktur« - Arbeitslose und Hartz-IV-Empfänger haben aber so gut wie nichts davon. Seit Ende 2005 seien durchgehend mehr als sieben Millionen Menschen von staatlichen Hilfen abhängig, warnte der Deutsche Landkreistag am Donnerstag in Berlin. Das seien neun Prozent der Bevölkerung oder jeder elfte in Deutschland.

Seit dem Höchststand im Mai 2006 hat sich demnach die Zahl von damals 7,4 Millionen Hartz-IV-Empfängern nur um 330000 verringert. Der »isolierte Blick« auf die amtlichen Arbeitslosenzahlen lasse »fast fünf Millionen Menschen außer acht. Das sind nicht weniger als zwei Drittel der Hartz-IV-Empfänger, die nicht in der amtlichen Arbeitslosenstatistik vorkommen«, erklärte Verbandspräsident Hans Jörg Duppré. »Wir dürfen uns nicht dem Anschein hingeben, es sei alles in Ordnung, wenn durchgängig mehr als sieben Millionen Menschen staatliche Hilfen benötigen.«

Eine »dauerhaft erfolgreiche Sozialpolitik« müsse gerade an diesem Problem ansetzen, sagte Duppré weiter. »Zu wenige Menschen können ihre Abhängigkeit von staatlichen Fürsorgeleistungen überwinden, zu viele bleiben im System.« Es gebe außerdem große regionale Unterschiede: »Während in Bayern und Baden-Württemberg etwa jeder zwanzigste Einwohner Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) bezieht, ist in Berlin ebenso wie in den anderen Stadtstaaten annähernd jeder sechste Einwohner Hartz-IV-Empfänger.« In den Flächenländern im Westen sei jeder vierzehnte, im Osten jeder achte auf staatliche Zuwendungen zum Lebensunterhalt angewiesen. Diese drastischen Unterschiede legen laut Duppré nahe, daß »ganz verschiedene Ansätze gewählt und neue Wege gegangen werden müssen«, um die sozialen Probleme anzugehen.

Die Zahl der Hartz-IV-Empfänger dürfte allerdings im Laufe der kommenden Monate wieder ansteigen, weil das Wachstum des Bruttosozialprodukts nach Erkenntnissen von Wirtschaftsforschern zurückgehen wird. Da ein wachsender Teil der Erwerbstätigen über Zeitarbeitsfirmen angestellt ist, könne auch die Zahl der Arbeitslosen sehr schnell wieder zunehmen. Hinzu kommt, daß sich deren wirtschaftliche Lage angesichts der immer weiter steigenden Heizungs- und Stromkosten noch zusätzlich verschlechtern wird.

»Der Aufschwung ist ganz unten angekommen«, hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vor einigen Monaten mit unnachahmlicher sprachlicher Brillanz verkündet. Da man »ganz unten« allerdings genau das Gegenteil verspürt, hatte Berlins Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) die Ratschläge parat, zur Senkung der Heizungskosten im Winter mehr Pullis zu tragen und einfach weniger zu essen.

Immerhin: Einer der Hauptverantwortlichen für die wachsende soziale Misere, der frühere Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement (SPD), hat mit seinem am Donnerstag verkündeten Parteiausschluß die Quittung bekommen - auch wenn es bei dem Beschluß der Landesschiedskommission vordergründig darum ging, daß er davon abgeraten hatte, bei der hessischen Landtagswahl die Spitzenkandidatin seiner eigenen Partei zu wählen.